

betreffend Sofortmassnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung im Raum Aareufer – Bundesasylzentrum – Bahnhof Brugg

Antrag:

Der Stadtrat veranlasst, dass die Regionalpolizei Sofortmassnahmen zur Gewährleistung der akut gefährdeten Sicherheit der Bevölkerung im Raum Aareufer – Bundesasylzentrum – Bahnhof Brugg umsetzt. Insbesondere veranlasst sie eine vermehrte Polizeipräsenz durch regelmässige Patrouillen. Sie soll so bald wie möglich umgesetzt und vorderhand auf 6 Monate begrenzt werden. Die Bevölkerung muss die Möglichkeit haben, ihre Beobachtungen und bedrohlichen Erlebnisse den Patrouillen direkt zukommen zu lassen. Die Massnahme ist kostenneutral umzusetzen, indem die Polizei ihre Prioritäten anpasst und vorübergehend andere Aktivitäten reduziert (z.B. Marktanlässe, Verkehrskontrollen). Das Postulat sei als dringlich zu erklären.

Begründung:

Am 21. Oktober verhaftete die Polizei in Windisch einen 25-jährigen Algerier, der sich zuvor um 13.00 Uhr an einer 36-jährigen Frau vergangen haben soll. Am 25. Oktober ereignete sich in Rheinfeldern ein ähnlicher Vorfall (Blick vom 26.10.2023). Vor einem Jahr vergewaltigte ein im Bundesasylzentrum Brugg untergebrachter Marokkaner eine Frau (AZ vom 25.10.2023).

Diese und weitere Vorfälle führen dazu, dass sich Frauen, Kinder und andere vulnerable Menschen im Raum Brugg nicht mehr sicher fühlen und bestimmte Orte meiden. Mir sind Eltern bekannt, die ihre erwachsenen Kinder anweisen, diese Plätze auch bei Tag nicht mehr allein zu passieren, selbst wenn dabei ein längerer Arbeitsweg in Kauf genommen werden muss. Die Zuspitzung der Problematik im Raum Brugg hängt zum Teil mit der verhängnisvollen Konzentrierung von Angeboten für asylsuchende, psychisch kranke und suchtmittelabhängige Menschen in dieser Region zusammen (Kleine Anfrage Miro Barp betreffend Sicherheit im Umfeld des Bundesasylzentrums im Schachen Brugg).

In der Zwischenzeit hat die Belastung der Bevölkerung im Raum Aareufer und Bundesasylzentrum Brugg zugenommen. Mit grosser Regelmässigkeit beklagen sich Menschen der Region Brugg über die unhaltbare Situation am Aareufer und bitten die Politik um Unterstützung. Es darf nicht sein, dass die Bewegungsfreiheit von Bürgerinnen und Bürgern auf Grund der Gewaltbereitschaft einiger weniger eingeschränkt wird. Nur sofortiges Handeln kann die Gewaltspirale unterbrechen und verhindern, dass das Vertrauen in die Polizei und die Behörde der Stadt Brugg schwindet.

Kosten:

Da es sich um Sicherheitseinsätze mit vorhandenen Ressourcen handelt, gehe ich davon aus, dass sich diese Massnahme kostenneutral umsetzen lässt.

Brugg, 14. November 2023

Der Postulant:

Miro Barp